



2020/31 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/31/volksfront-fuer-die-rechte>

In der neuen französischen Zeitschrift »Front populaire« publizieren vornehmlich Rechte

Volksfront für die Rechte

Von **Bernhard Schmid**

Der französische Schriftsteller und Fernsehphilosoph Michel Onfray hat eine neue Zeitschrift namens »Front populaire« gegründet.

Der lockdown dauerte noch an, als die französische Öffentlichkeit von einem neuen Zeitschriftenprojekt des Schriftstellers und Fernsehphilosophen Michel Onfray erfuhr. Als Namen hatte er Front populaire gewählt, die Bezeichnung für die nach einem Generalstreik gebildete antifaschistische Regierung des sozialistischen Premierministers Léon Blum in den Jahren 1936/1937. Inhaltlich hatte Onfray jedoch anderes im Sinn.

Der heute 61jährige ist dem breiten Publikum als Autor von über 100 Büchern bekannt – auf Deutsch erschien beispielsweise 2011 sein Buch »Anti Freud. Die Psychoanalyse wird entzaubert«. Lange galt er als Atheist und als Angehöriger der sogenannten libertären Linken. Dann aber begann er, sich als »christlicher Atheist« zu definieren, und mit der Linken hat er spätestens 2015 gebrochen, als er über die Vernachlässigung »des französischen Volks« zugunsten von Minderheiteninteressen und Ausländern sowie die positive Haltung der »politischen Klasse« zur Europäischen Union räsonierte (**Jungle World 50/2015**).

Auf Twitter kündigte Onfray die Gründung von Front populaire am 12. April an, erstmals berichtete die konservative Tageszeitung Le Figaro am 16. April über das Projekt. Im Mai häuften sich die Artikel und Medienberichte. Dabei zeichnete sich ab, dass Zuspruch für das Vorhaben vor allem aus dem rechtsintellektuellen bis neofaschistischen Milieu kam. Ihre Unterstützung bekundet hatten zu diesem Zeitpunkt etwa Alain de Benoist, der Chefideologe der rechtsintellektuellen Strömung, die sich an der »Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation« (Grece) orientiert, das rechtsextreme Politikerehepaar Robert und Emmanuelle Ménard sowie Philippe Vardon, einer der Anführer der Identitären Bewegung in Südostfrankreich.

Am 23. Juni war die erste Ausgabe an den Kiosken erhältlich. Am Wochenende schrieb die gewöhnlich gut unterrichtete, auf Medienthemen spezialisierte Website des Journalisten Jean-Marc Morandini, mittlerweile hätten sich 45 000 Abonnenten gefunden und 50 000

Exemplare seien an Kiosken und im Buchhandel verkauft worden. Weitere 50 000 seien Mitte Juli nachgedruckt worden. Verkauf und Abonnements brachten der Publikation demnach bereits über eine Million Euro ein.

Einer auf Medienthemen spezialisierten französischen Website zufolge hat der »Front populaire« 45 000 Abonnenten.

Inhaltlich weist die auf 159 Seiten im größeren Buchformat publizierte Zeitschrift zahlreiche Redundanzen auf. Ihr erklärtes Ziel besteht darin, »Souveränisten« unterschiedlicher Couleur zu versammeln. So bezeichnet man seit über zwei Jahrzehnten jene gegen die EU-Integration Frankreichs opponierenden Strömungen, die sich selbst nicht »Nationalisten« nennen möchten. Seit dem Streit über das Referendum im September 1992 über den Maastricht-Vertrag, dem nur eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der Wähler zustimmte, sahen sich sowohl zur Linken als auch zur Rechten gerechnete Strömungen als »souveränistisch«.

Wortführer der »Nein«-Kampagne beim Referendum über den Maastricht-Vertrag waren, neben der extremen Rechten unter Jean-Marie Le Pen, der nationalkonservative und rechtskatholische Philippe de Villiers – damals Mitglied der rechtsliberalen UDF, er unterstützte 2017 bei der Präsidentschaftswahl Marine Le Pen – sowie der etatistisch-nationalistisch argumentierende Sozialdemokrat Jean-Pierre Chevènement, der bereits mehrfach Ministerien leitete.

Front populaire publizierte ein acht Seiten langes gemeinsames Interview mit Chevènement und de Villiers. Eine genauere Lektüre legt nahe, dass beide Herren nur auf schriftlich gestellte Interview-Fragen antworteten und diese dann entsprechend zusammengeschnitten und ins Blatt gestellt wurden. Die liberale und proeuropäisch orientierte Abendzeitung Le Monde spricht spöttisch von »staubbedeckten Seiten«, da die beiden Interviewten politische Bedeutung vor allem in der Vergangenheit besaßen.

De Villiers beharrt in dem Interview vor allem darauf, seit 40 Jahren recht zu haben. Nachdem er lange politisch »wie ein Paria« behandelt worden sei, lasse die Coronakrise dies nun erkennen, da sie zu Grenzschießungen geführt habe, aber auch die Idee der Familie als primärer Lebenszusammenhang im Zuge des lockdown rehabilitiert worden sei. Bemerkenswert ist vor allem, dass de Villiers zweimal »den Rechtsstaat« respektive »das, was sie Rechtsstaat nennen«, als einen der zu überwindenden gesellschaftlichen Missstände aufzählt. Denn ein Großteil des anzuwendenden Rechts werde heutzutage auf der EU-Ebene gesetzt. Chevènement ist moderater in seinen Äußerungen, zögert erkennbar bei der Frage eines Austritts aus dem Euro – den de Villiers für unabdingbar erklärt – und spricht sich vor allem für eine stärkere staatliche Industriepolitik aus.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen Onfrays vor der Veröffentlichung der ersten Ausgabe ist die extreme Rechte stark im Heft vertreten. Am deutlichsten wird dies an der Rolle von Thibault Isabel. Neben Jacques Sapir (**Jungle World 36/2015**), einem Wirtschaftswissenschaftler, der sich fast monomanisch der Vorbereitung eines Euro-Austritts widmet und dieser Thematik in der Erstausgabe gleich zwei Beiträge widmen darf, ist Isabel der einzige Autor, der im Heft mit zwei Artikeln vertreten ist.

Isabel war von 2003 bis 2018 Chefredakteur der Zeitschrift *Krisis* – nicht zu verwechseln mit einer gleichnamigen deutschen Publikation –, die ein Aushängeschild des *Grece* unter Alain de Benoist darstellt, insbesondere weil hier der Dialog mit Interview-Partnern gesucht wird, die nicht zur extremen Rechten zählen. Isabel ist aber auch Mitarbeiter des offiziellen Publikationsorgans des *Grece*, der seit wenigen Jahren auch an Kiosken vertriebenen Zeitschrift *Éléments*.

Im *Front populaire* schreibt Isabel über Konzepte für die Koalitionsbildung und darüber, welches Wirtschaftsprogramm eine solche Koalition besitzen müsste. Beim ersten Punkt knüpft er an das an, was unter anderem de Benoist bereits mehrfach in der Vergangenheit formulierte. Demzufolge soll die extreme Rechte sich auf die soziale Frage konzentrieren und dabei EU- respektive Globalisierungskritik als unterschiedliche Kräfte verbindendes Thema ins Zentrum rücken. Isabel empfiehlt folgerichtig, die rechte Opposition solle sich nicht zu sehr auf die Ablehnung von Einwanderung konzentrieren, die Linke wiederum nicht auf Antirassismus und die Verteidigung von Minderheiten, denn beides verhindere die lagerübergreifende Zusammenarbeit. Vielmehr müsse für die Opposition gegen Präsident Emmanuel Macron der Protektionismus ins Zentrum rücken.

Isabels Vorschläge für ein Wirtschaftsprogramm zeichnet sich nicht durch Originalität aus. Er befürwortet eine stärkere Interventionstätigkeit des Staats, die Rückverlagerung mancher Produktionszweige – wie der Pharmaindustrie, was längst auch in der herrschenden Klasse diskutiert wird – nach Frankreich oder Europa und eine stärkere Besteuerung transnationaler Unternehmen. Neu an seinen Vorschlägen ist höchstens, dass er für die Ausweitung von digitaler Heimarbeit für Lohnabhängige eintritt.

Die Protestbewegung der »Gelbwesten« wird in vielen Beiträgen beschworen. Eine ihrer Protagonistinnen im Herbst 2018, die freiberufliche Krankenschwester Jacline Mouraud, durfte ebenfalls in dem Heft schreiben. Neben viel Larmoyanz ihre eigene Situation betreffend findet sich nicht eine neue Idee in ihrem Beitrag. Ihr einziger Vorschlag lautet, es brauche in Zukunft »einen gewählten Präsidenten oder eine gewählte Präsidentin dank eines wirklichen Konsenses, der die Zustimmung des gesamten Volks besitzt«.

Interviewt werden zudem zwei frühere Mitglieder des ehemaligen, seit Ende 2018 weitgehend entmachteten rot-braunen Flügels der linkspopulistischen Wahlplattform *La France insoumise* (Das aufsässige Frankreich), Georges Kuzmanovic und Andréa Kotarac. Ersterer tritt unter anderem als Lobbyist für Russlands Machthaber Wladimir Putin und zugunsten der russischen Interventionen in Syrien und der Ukraine auf, er gründete mittlerweile seinen eigenen Parteiverein unter dem Namen *La République sociale*. Kotarac wiederum schloss sich dem *Rassemblement national* (RN) unter Marine Le Pen an. In einem Interview, das tatsächlich ein Streitgespräch darstellt – jedoch bei weitgehender grundsätzlicher Übereinstimmung zwischen beiden Diskutanten –, kritisiert Kuzmanovic die wirtschaftspolitische Konzeptlosigkeit des RN und dessen Unfähigkeit zum Regieren. Kotarac wiederum fordert, die Opposition unter Führung von Marine Le Pen zu vereinigen. Er zitiert dabei auch Ernst Jünger (»Mut ist der Wind, der zu fernen Küsten treibt«) sowie François Bousquet. Dieser wiederum ist seit 2017 Chefredakteur von *Éléments*. Auch an dieser Stelle lässt sich, einmal mehr, ablesen, welchen starken ideologischen Einfluss der *Grece* auf die neue Publikation besitzt.